

Wilsdruffer Tageblatt

Jahrespreis Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Wilsdruff täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zeitungspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 20, durch unsere Kundinnen zu tragen in der Höhe monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, halbjährlich 130, jährlich 250, auf dem Lande 300, durch unsere Kundinnen zu tragen. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unsere Kundinnen und Geschäftskunden nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle plötzlicher Schließung, Krieg oder sonstiger Verhältnisse kann der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Interessenten 20, für die 6 getragene Kopien oder deren Raum, Anzeigen, die 2 getragene Kopien 20, bei Wiederholung und Jahresvertrag ansonsten Preisnachlass. Zeitungsabnahme im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getragene Kopien 20, Anzeigen- und Inseratpreis 50 Pfg. Anzeigenannahme bis 10 Uhr, für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenschreiber erhält, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Raster gedruckt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käpff, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 184

Mittwoch den 9. August 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Beratungen zwischen Poincaré und Lloyd George haben in London begonnen.
- * Nach englischen Plänen soll Deutschland vorläufig einen Aufschub von vier Monaten erhalten. Die endgültige Regelung käme dann erst in einer zweiten Konferenz in Frage.
- * Die internationalen Bankiers wollen auf besondere Sicherheitsleistungen Deutschlands für eine internationale Anleihe verzichten, wenn die Verpflichtungen Deutschlands herabgesetzt und die Sanktionen abgeschafft würden.
- * Die von Poincaré angeführten Zwangsmaßnahmen sind durchgeführt worden. Die deutschen Guthaben wurden bei den Banken gesperrt und sechs Deutsche aus dem Elbafeld ausgewiesen.
- * Die französischen Truppen im besetzten Gebiet werden in Alarmbereitschaft gehalten.
- * Die Großhandelsindexziffer ergibt eine fast 100fache Verteuerung gegenüber dem Frieden.
- * Auf Grund von Verhandlungen mit dem britischen Oberkommandant in Konstantinopel hat der Rückzug der griechischen Truppen um drei Kilometer von der Demarkationslinie begonnen.

Der Kampf beginnt.

Mit der Bänklichkeit eines Mobilmachungsbefehls hat der französische Ministerpräsident am Mittag des 5. August die erste Reihe seiner „Retorsionen“ gegen Deutschland in Kraft gesetzt — die letzte Note der Reichsregierung hat also auf ihn nicht den geringsten Eindruck gemacht, es war alles schon fix und fertig vorbereitet, und selbst wenn ein Engel vom Himmel heruntergekommen wäre, Herr Poincaré hätte den „Marché“ für seine Retorsionen nicht mehr zurückgenommen.

Im ganzen kommen sie zunächst auf eine Außerkräftigung des Ausgleichsabkommens zwischen Frankreich und Deutschland hinaus und damit also auf eine rechtswidrige Schädigung des Privateigentums derjenigen Deutschen, die mit Franzosen noch in irgendwelchen Verhältnissen stehen. Es sollen eben bis auf weiteres keine Zahlungen mehr geleistet, es sollen der deutschen Regierung nicht einmal mehr Mitteilungen über die schiedsrichterliche Regelung dieser Ansprüche gemacht und es ihr überlassen werden, solche Forderungen deutscher an französische Staatsbürger aus deutschen Reichsmitteln zu befriedigen. Was also auf eine abermalige Mehrbelastung unserer Reichskasse hinausläuft, abgesehen davon, daß die französischen Ausgleichsamter schon seither mit Erfolg bemüht waren, die deutschen Gläubiger durch eine ungläubliche Verschleppung des Verfahrens nach Kräften zu schädigen. Darüber hinaus hat Herr Poincaré auch das in der Ausführung begriffene Abkommen von Baden-Baden über die Wiedererstattung von Mobilien, das von deutschen Eigentümern in Elbafeld und Lothringen zurückgelassen war, vorläufig außer Kraft gesetzt, und schließlich für den Fall, daß die jetzt verordneten Maßnahmen nicht ausreichen sollten, weitere sich steigende Bestimmungen angekündigt. Sprachlos und letzte sich auf die Bahn nach London, wo er nun zusammen mit England, Italien und Belgien über den gesamten Umfang der Reparations- und Ausgleichsfragen verhandeln soll.

Man war, nach den zweibeitigen Ankündigungen französischer Blätter, eigentlich auf Schlimmeres gefaßt, insbesondere hatte das Gerücht von neuen scharfen Maßnahmen gegen deutsche Staatsbürger und deutsches Eigentum im Elbafeld sehr viel Beunruhigung erzeugt. In der Tat scheinen denn auch schärfere Maßnahmen auf diesem Gebiete beabsichtigt gewesen zu sein, doch muß wohl Herr Poincaré eingesehen haben, daß es klüger wäre, hier „milder“ zu sein, und so wird aus Straßburg zunächst „nur“ über die Ausweisung von sechs Deutschen berichtet, wegen Kundgebungen in einer öffentlichen von Klaus Born von Bunsack veranstalteten Versammlung. Dieser Klaus Born von Bunsack, ein Sohn des früheren Staatssekretärs, war sofort nach Ausbruch des Krieges, obwohl deutscher Reserveoffizier, in französische Heeresdienste eingetreten, nicht ohne sehr bald darauf mit seinen neuen Standesgenossen in erste Angelegenheiten zu geraten. Sehr wird ihm nachgesagt, daß er eine „Partei der beleidigten Elbafelder“ gegründet habe, und daraus wird die Notwendigkeit eines noch schärferen Regiments für Elbafeld-Lothringen hergeleitet. Die französische Verwaltung hatte bereits alles getan, um eine neue umfassende Säuberungsaktion durchzuführen, und man glaubte nun wohl, den vom Jaun gebrochenen Ausgleichsartikel mit Deutschland in erster Reihe auf dem Rücken der misliebigen Elbafelder ausführen zu können. Raum aber waren hierüber die ersten Nachrichten bekannt geworden, als sich der Elbafelder eine tiefschmerzliche Erkenntnis bemächtigte. Herr Poincaré scheint dadurch zunächst in seinen Absichten schwankend geworden zu sein, womit natürlich nicht gesagt ist, daß er schon nach dem ersten Schritt auf dem Wege halbmachen wird, den er betreten hat.

Zwischen gibt die Reparationskommission den ersten Bericht, den sie am 1. August bekannt gemacht hat, der ihr in der Reparationsfrage einmütig ist. Danach sollen bis zum Schluß

des Jahres 1922 alle deutschen Barzahlungen ausgesetzt werden, einschließlich aller Ausgleichszahlungen, mit der Einschränkung, daß die monatliche Summe von fünfmal hunderttausend Pfund, die die deutsche Regierung für diese Operation aufzubringen habe, der Reparationskommission ausbezahlt werden, um von dieser zu einem später festzusetzenden Zweck verwendet zu werden. Neue Bedingungen für dieses Moratorium sollen in Betracht der Dringlichkeit der augenblicklichen Lage nicht vorgeschrieben werden, doch soll man in möglicher Kürze den Betrag festsetzen, der von Deutschland im Laufe der Jahre 1923 und 1924 zu verlangen sei. Mit drei gegen eine Stimme hat die Reparationskommission beschlossen, eine Entscheidung über diesen englischen Vorschlag erst nach der Konferenz von London zu fällen. Damit weiß man also, um welchen positiven Lösungsversuch sich zunächst die Londoner Konferenz drehen wird. Er geht nicht so weit wie frühere Pläne, denen zufolge entsprechend deutschen Stundungsanträgen schon jetzt auch für die nächsten beiden Jahre auf jede Barzahlung verzichtet werden sollte. Soweit wollen die drei Stimmenden — also England, Belgien und Italien — zunächst noch nicht gehen, und ob sie ihre Absichten wenigstens für das Jahr 1922 fest gegen den Widerspruch Frankreichs werden durchsetzen können, das steht noch dahin. Die französische Presse äußert sich einseitig sehr entrüstet über den englischen Vorschlag. Der Gegensatz in der englischen und französischen Auffassung wird darin klargestellt, daß England auf eine allgemeine Liquidation der Reparationszahlungen hindränge, damit Deutschland über seine vollen wirtschaftlichen Kräfte verfügen könne, während Frankreich eine Konsolidierung der deutschen Entschädigungszahlungen und erst in zweiter Linie eine Befreiung der deutschen Finanzlage betreibt. Damit hofft es, die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu finden, damit will es auch die Notwendigkeit einer scharfen Finanzkontrolle über Deutschland begründen, ohne die es sich nicht einmal mit der Gewährung eines kurzen Moratoriums einverstanden erklären könne. Noch einmal soll nun also versucht werden, diesen Gegensatz auf dem Verhandlungsweg auszugleichen. Aber die Herren in London werden wohl selber die Empfindung haben, daß die Uhr kurz vor 12 Uhr steht, und daß das Schicksal Mitteleuropas sich nun sehr bald entscheiden muß. Darf Herr Poincaré mit seinen „Retorsionen“ fortfahren, so sollte die neue Konferenz nur bald wieder — kaum daß sie begonnen — geschlossen werden!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler über unsere Zahlungsunfähigkeit.

Das Blatt „New York Herald“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit Reichskanzler Dr. Wirth, der ausführte, Deutschland könne unmöglich seine Goldzahlungen weiter leisten, da ihm seine Vorkriegseinnahmen nicht mehr zur Verfügung ständen. Deutschland könne keine Zahlungen nur dann fortsetzen, wenn es eine internationale Anleihe erhalte. Die Entwertung der Mark sei eine derartige, daß das Ausland die gesamte deutsche Industrie für wenige Milliarden Dollar kaufen könne. Dies wäre aber eine schlechte Kapitalanlage, denn das Ausland könnte höchstens 2 Prozent Zinsen in Gold herauswirtschaften. Alle Behauptungen von einem angeblichen Wohlstand in Deutschland seien falsch.

Berlin und München.

Zur Aufklärung der zwischen Berlin und München obwaltenden Mißverständnisse meldet die offizielle bayerische Korrespondenz Hoffmann: Nach Eingang des bayerischen Antwortschreibens hat der Reichspräsident im Benehmen mit dem Reichskanzler an die bayerische Regierung durch Vermittlung des Gesandten v. Preger eine mündliche Einladung zur Aufnahme von Verhandlungen ergehen lassen. Der bayerische Ministerpräsident hat daraufhin angetwortet, zunächst eine Besprechung in München mit Vertretern der Reichsregierung zu veranstalten, und die Reichsregierung hat die Reichsminister Geßler und Heß, die sich beide augenblicklich in Bayern befinden, veranlaßt, sich nach München zu begeben. Mit diesen hat unter Teilnahme der zuständigen Ressortminister eine eingehende Besprechung stattgefunden. Es ist zu erwarten, daß sich eine Kommission der bayerischen Regierung in den nächsten Tagen nach Berlin begeben wird, um die Verhandlungen weiterzuführen.

Das Flaggem am 11. August.

Aber das Flaggem am 11. August, dem Verfassungstage, ist vom Reichspostminister bestimmt worden, daß an diesem Tage alle Post- und Telegraphen die nationale Fahne in den Reichsfarben zu besetzen sind. Soweit Reichspoststellen oder Rationallaggen schwarz-rot-gold nicht vorhanden sind oder von den Fabriken nicht rechtzeitig geliefert werden können, sollen Fahnen von Behörden, Vereinen oder Privatleuten entliehen oder gegen Entgelt gemietet werden. Wenn auch das nicht

möglich ist, sollen Wechselfahnen schwarz-rot-gold hergerichtet und am 11. August verwendet werden.

Gegen den Versailler Vertrag.

Auf dem internationalen Bergarbeiterkongress in Frankfurt hielt u. a. der Engländer Frank Hodgson eine bedeutsame Rede. Er stellte als die sorgfältig abgewogene Meinung der britischen Arbeiterbewegung fest, daß der Versailler Vertrag von Grund an geändert werden müsse, nicht wie es jetzt geschehe Stück- und langsam, sondern in kürzester Frist und in radikaler Weise, weil sonst jede Hoffnung schwinden müsse auf nationalen und internationalen Aufbau.

Griechenland.

X Truppenverstärkungen bei Thessalonika. Konstantinopeler Nachrichten melden die Verstärkung der griechischen Truppen und den Transport von schwerer und leichter Artillerie an die Thessalonika-Front. Um die Wiederkehr von Grenzzwischenfällen zu vermeiden, hat der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte einen General beauftragt, sich an die Grenze zu begeben, um mit dem Befehlshaber des vierten griechischen Armeekorps über die Zurücknahme der alliierten und der griechischen Truppen auf eine gewisse Entfernung zu beraten. Nach einer Habasmeldung dauert die Zusammenziehung alliierter Truppen im Grenzgebiet von Thessalonika fort. Seestreitkräfte sind zur Bewachung der Küste und zur Verstärkung der Landtruppen abgegangen.

Fast hundertfache Verteuerung.

Die Steigerung der Großhandelspreise. Ebenso wie die Kosten der Lebenshaltung in einer Vergleichszahl, der sogenannten Indexziffer, regelmäßig statistisch bekanntgegeben werden, werden die Großhandelspreise vom statistischen Reichsamte periodisch verglichen. Diese Großhandelsindexziffer ist nun im Durchschnitt Juli 1922 auf 9957 gestiegen und zeigt damit eine beinahe 100fache Verteuerung

der Großhandelspreise gegenüber dem Frieden an. Gegenüber dem Juni 1922, wo die Großhandelsindexziffer auf 7030 stand, ist somit eine Preissteigerung von 41,6 Prozent eingetreten, gegenüber dem Juli des Vorjahres um 598,7 Prozent, d. h. auf das Siebenfache. Diese starke Erhöhung geht unmittelbar von der Valutaentwertung aus, wobei allerdings das Ansteigen des Dollarkurses von 317,44 Mark im Durchschnitt Juni auf 493,22 im Durchschnitt Juli, d. h. um 55,4 Prozent, noch nicht zur vollen Auswirkung gelangt ist. Der Index der Einfuhrwaren stieg von 9479 auf 13 854, d. h. um 46,2 Prozent, der Index der Inlandwaren von 6540 auf 9163, d. h. um 40,2 Prozent. Im einzelnen stiegen die Gruppenindexziffern: 1. Getreide und Kartoffeln von 6032 auf 9332; 2. Fette, Zucker, Fleisch und Fisch von 6613 auf 8013; 3. Kolonialwaren und Hopfen von 9254 auf 13 067; Lebensmittel zusammen von 6405 auf 9287; 4. Häute und Leder von 8011 auf 12 667; 5. Textilien von 11 851 auf 17 002; 6. Metalle und Petroleum von 7029 auf 10 832; 7. Kohlen und Eisen von 7469 auf 9646; — 8. Industriestoffe zusammen von 8197 auf 11 211.

Brotpreis in Berlin 31,60 Mark.

Die Berliner Ernährungsdeputation beriet über die Festsetzung der Getreide- und Mehlpreise zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres. Die Mehlpreise der Reichsgetreidestelle sind zu diesem Termin um fast 100 Prozent erhöht worden. Hierzu kommt die durch die fortschreitende Verteuerung bedingte erhebliche Steigerung aller anderen Umlagen. Es ist beschlossen worden, dem Magistrat vorzuschlagen, für die Zeit vom 14. August ab den Preis des Großbrotes von 31,60 Mark und den Preis der Schrippe von 50 Gr. auf 1,10 Mark, den Preis für das Pfund Weizenbrot auf 9,90 Mark festzusetzen. Bei Freigabe würde das 1900-Gramm-Brot aus Weizenmehl über 49 Mark, eine 50-Gramm-Schrippe über 2 Mark kosten.

Heimat und Auslandsdeutsche.

Aufruf des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Auf der in Kulmbach abgehaltenen Tagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland erstattete der erste stellvertretende Vorsitzende, Konteradmiral a. D. Seebohm-Berlin, den Geschäftsbericht, der in einem kammenden Appell an das gesamte deutsche Volk ausklang. Darin wird u. a. gesagt:

Der Verein ruft das deutsche Volk zur Hilfe für die Kulturinstitutionen der deutschen Minderheiten im Auslande auf. Der Vorstoß der chauvinistischen Elemente in den verschiedenen Ländern richtet sich mit ungeheurer Wucht gegen die deutschen Schulen, Vereine, Vätervereine und Zeitungen, die an erster Stelle dazu berufen sind, die heimische Sprache und Kultur zu erhalten und zu pflegen.

Hunderter von deutschen Schulen sind in ständiger Gefahr. 20 Millionen Deutsche jenseits der Reichsgrenzen ringen um ihr Volkstum, um die Erhaltung ihrer kulturellen Güter; 20 Millionen Deutsche jenseits der Reichsgrenzen sind aber auch bereit, durch opferwillige Pioniertätigkeit dem Anieken des friedlichen deutschen Volkes und